

Bundesgesetzblatt ⁸⁵⁷

Teil II

Z 1998

1996

Ausgegeben zu Bonn am 5. Juni 1996

Nr. 24

Tag	Inhalt	Seite
30. 5. 96	Verordnung über die deutsch-spanische Vereinbarung zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der spanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Pegasus 96“	858
13. 3. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	864
18. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	864
23. 4. 96	Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	865
24. 4. 96	Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	867
24. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	869
24. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	870
26. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über den verbindlichen dreisprachigen Wortlaut des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	871
26. 4. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	872

**Verordnung
über die deutsch-spanische Vereinbarung
zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der spanischen Streitkräfte
in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Pegasus 96“**

Vom 30. Mai 1996

Auf Grund des Artikels 1 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995
(BGBl. 1995 II S. 554) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die am 26. April 1996 in Bonn paraphierte deutsch-spanische Vereinbarung durch Notenwechsel zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der spanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Pegasus 96“, an der auf Grund der Übungsplanung des Eurokorps Teile der Stäbe der dem Eurokorps zugeordneten spanischen Truppenteile teilnehmen, wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Notenwechsel in deutscher und spanischer Sprache wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die in Artikel 1 genannte Vereinbarung durch Vollendung des Austauschs der Noten in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 30. Mai 1996

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Verteidigung
Rühe

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Auswärtiges Amt
503.363.14/1 SPA

Bonn, den 30. Mai 1996

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft des Königreichs Spanien unter Bezugnahme auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Spanien geführten Gespräche über den vorübergehenden Aufenthalt spanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der Übung „Pegasus 96“ (10.–21. Juni 1996) ausschließlich für die Durchführung dieser Übung folgendes vorzuschlagen:

Mitglieder der spanischen Streitkräfte sind befugt, in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und sich darin zur Teilnahme an der Übung „Pegasus 96“ aufzuhalten. Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte“ bezeichnet das militärische Personal und die von den Streitkräften beschäftigten Zivilpersonen sowie an der Übung teilnehmende Militärbeobachter.

Für die Einreise von Mitgliedern der spanischen Streitkräfte in die Bundesrepublik Deutschland und ihren vorübergehenden Aufenthalt zur Teilnahme an der Übung „Pegasus 96“ gelten unbeschadet des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) die in der Anlage zu dieser Note in deutscher und spanischer Fassung enthaltenen ergänzenden Bestimmungen.

Falls die spanische Seite sich mit dem Inhalt dieser Note und der Anlage einverstanden erklärt, werden diese Note und die ihr Einverständnis zum Ausdruck bringende Antwortnote der Botschaft des Königreichs Spanien eine Vereinbarung bilden, die nach Vollendung des Austauschs der Noten an dem Tag in Kraft tritt, an dem das Auswärtige Amt der Botschaft des Königreichs Spanien mitteilt, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen vorliegen.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft des Königreichs Spanien erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft
des Königreichs Spanien
Bonn

Botschaft des
Königreichs Spanien

Bonn, den 30. Mai 1996

Verbalnote

Die Botschaft des Königreichs Spanien beehrt sich, den Eingang der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 30. Mai 1996 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Botschaft des Königreichs Spanien beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Spanien mit den Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote des Auswärtigen Amtes und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Spanien und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem das Auswärtige Amt der Botschaft des Königreichs Spanien mitteilt, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen vorliegen.

Die Botschaft des Königreichs Spanien benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
Bonn

Anlage

1. Kriegswaffen

(1) Art und Anzahl der ein- oder mitzuführenden Kriegswaffen werden jeweils in einer gesonderten Vereinbarung festgelegt, die mit dem Bundesministerium der Verteidigung geschlossen wird. Die spanischen Streitkräfte dürfen die nach Satz 1 festgelegten Kriegswaffen ein- und ausführen und im Bundesgebiet befördern. Insoweit gelten die nach Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und nach § 27 Satz 2 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen erforderlichen Genehmigungen als erteilt.

(2) Die spanischen Streitkräfte führen während ihres Aufenthalts in Deutschland eine Kopie dieser Vereinbarung als Nachweis der erforderlichen Genehmigung mit sich.

2. Gerichtsbarkeit

Im Rahmen der Anwendung des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts soll von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit bei Straftaten abgesehen werden, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern. Wird von der Ausübung der Gerichtsbarkeit abgesehen, so hat der Entsendestaat den Täter unverzüglich aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu entfernen.

3. Telekommunikation

(1) Für die Inanspruchnahme von öffentlich angebotenen Telekommunikationsdienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland gelten neben den allgemeinen deutschen Vorschriften die jeweiligen Geschäftsbedingungen des Dienstleistungserbringers; dies gilt insbesondere für die Art und Weise der Berechnung der Entgelte, der Rechnungserstellung und der Begleichung der Rechnungen.

(2) Die spanischen Streitkräfte können, soweit dies zur Erreichung des Aufenthaltszwecks erforderlich ist, mit Zustimmung der deutschen Behörden vorübergehend Fernmeldeanlagen einschließlich Funkanlagen errichten und betreiben. Soweit Verleihungen erforderlich sind, werden sie durch das Bundesministerium für Post und Telekommunikation erteilt.

(3) Fernmeldeeinrichtungen der spanischen Streitkräfte, die an Anschlüsse oder Übertragungswege der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland angeschlossen werden sollen, bedürfen hierfür der Zulassung. Das Verfahren für die Zulassung von Funkanlagen wird zwischen dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation und den zuständigen Stellen des Entsendestaats besonders vereinbart.

(4) Die spanischen Streitkräfte benutzen in der Bundesrepublik Deutschland nur Frequenzen, die ihnen von den zuständigen Behörden zugeteilt sind. Das Verfahren für die Frequenzzuteilung sowie für die Änderung wird zwischen dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation und den zuständigen Stellen des Entsendestaats besonders vereinbart. Nach dem Ende des Aufenthalts gehen die Frequenzen an die deutschen Behörden zurück.

(5) Die spanischen Streitkräfte treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden. Verursachen Funkstellen der spanischen Streitkräfte schädliche Funkstörungen bei Funkstellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die deutschen Behörden nach den Bestimmungen der jeweils gültigen Konvention und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst. Die deut-

Anexo

1. Armas de guerra

(1) La naturaleza y el número de armas de guerra que se pueden importar o transportar se establecerá en cada caso en un arreglo por separado con el Ministerio Federal de Defensa. Las Fuerzas Armadas españolas están autorizadas de importar, exportar y transportar en el territorio federal las armas de guerra definidas en la frase 1ª. En este aspecto los permisos obligatorios según la Ley fundamental, artículo 26, apartado 2 y según la Ley sobre el control de armas de guerra, § 27, frase 2ª valen como concedidos.

(2) Durante su estancia en Alemania las Fuerzas Armadas españolas llevarán una copia del presente arreglo como comprobante del permiso obligatorio.

2. Jurisdicción

En el marco de la aplicación del artículo VII del SOFA de la OTAN, se omitirá el ejercicio de la jurisdicción alemana en caso de actos penales, salvo en caso de que existan intereses sustanciales de la administración de justicia alemana que exijan su ejercicio. Si se omite el ejercicio de la jurisdicción, el Reino de España deberá retirar inmediatamente al autor del territorio de la República Federal de Alemania.

3. Telecomunicaciones

(1) La utilización de servicios de telecomunicaciones ofrecidos al público en la República Federal de Alemania se registrará además de por la normativa alemana general por las condiciones comerciales del prestador de servicios en cuestión; esto se refiere en particular a las modalidades de cálculo de la tasas, la facturación y el pago de las facturas.

(2) Con el consentimiento previo de las autoridades alemanas, las Fuerzas Armadas españolas podrán montar y operar temporalmente las instalaciones de transmisiones, incluidas las de radiotransmisiones, necesarias para cumplir con la finalidad de su estancia. Las concesiones necesarias serán otorgadas por el Ministerio Federal de Correos y Telecomunicaciones.

(3) Instalaciones de transmisiones de las Fuerzas Armadas españolas previstas para ser conectadas con enlaces o canales de transmisión de las redes de telecomunicaciones en la República Federal de Alemania estarán sujetas a homologación. El procedimiento de homologación de instalaciones de radiotransmisión será objeto de un arreglo por separado entre el Ministerio Federal de Correos y Telecomunicaciones y los servicios competentes de los Estados de procedencia.

(4) Las Fuerzas Armadas españolas utilizarán en la República Federal de Alemania únicamente las frecuencias que se les hayan sido asignadas por las autoridades competentes alemanas. El procedimiento para la asignación de frecuencias y su modificación será acordado por separado entre el Ministerio Federal de Correos y Telecomunicaciones y los servicios competentes del Estado de procedencia. Una vez finalizada la estancia, las frecuencias volverán a pasar a disposición de las autoridades alemanas.

(5) Las Fuerzas Armadas españolas tomarán todas las precauciones necesarias para evitar que sus instalaciones de transmisiones u otras instalaciones eléctricas causen perturbaciones en las redes de telecomunicaciones de la República Federal de Alemania. En el caso de que estaciones de radio de las Fuerzas Armadas españolas causen radiointerferencias perjudiciales a estaciones de radiotransmisión situadas fuera del territorio de la República Federal de Alemania, o si fueran perturbadas de modo perjudicial por tales estaciones de radiotransmisión, las autoridades alemanas procederán a aplicar las disposiciones de la consti-

schen Behörden treffen im Rahmen der geltenden Vorschriften alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationseinrichtungen der spanischen Streitkräfte durch deutsche Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden. Im Fall von elektromagnetischen Störungen werden die Regelungen des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten angewendet. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit einer Außerbetriebnahme der Störquelle, so muß sie durch die spanischen Streitkräfte ohne Verzug vorgenommen werden.

4. Gesundheitswesen

(1) Die internationalen Gesundheitsvorschriften und die Gesundheitsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland werden beachtet.

(2) Zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen in der Bundesrepublik Deutschland gelten die deutschen Rechtsvorschriften. Seuchenrechtliche, tierseuchenrechtliche, lebensmittelrechtliche, fleisch-, geflügelfleisch- und hygienrechtliche Maßnahmen werden von den zuständigen Stellen der Bundeswehr getroffen, soweit zwischenstaatliche Vereinbarungen dem nicht entgegenstehen.

5. Umweltschutz

(1) Das Königreich Spanien erkennt und anerkennt die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten seiner Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Die spanischen Streitkräfte achten die deutschen Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt und wenden sie an, soweit nicht besondere Festlegungen getroffen werden.

(2) Auch über die Achtung und Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften hinaus sind Umweltbelastungen zu vermeiden und unvermeidbare Umweltbeeinträchtigungen durch angemessene Maßnahmen auszugleichen.

(3) Für den Transport von Waffen, schwerem Gerät oder Gefahrgut wird dem Schienen- und dem Wasserweg Vorrang eingeräumt. Festlegungen zu den Transportwegen werden zwischen den Verteidigungsministerien in Abstimmung mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.

(4) Die spanischen Streitkräfte werden für den Betrieb ihrer Luft-, Wasser- und Landfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland, soweit dies mit den technischen Erfordernissen dieser Fahrzeuge vereinbar ist, nur Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe verwenden, die schadstoffarm gemäß den deutschen Umweltvorschriften sind. Bei Personenkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen werden die deutschen Vorschriften über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten, soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

(5) Bei der Benutzung von Übungseinrichtungen werden die jeweiligen Benutzungsordnungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, beachtet. Gleiches gilt bezüglich der Dienstvorschriften der Bundeswehr für Manöver und Übungen. Besondere Regelungen für Nachtschießen und Schießen an Sonn- und Feiertagen werden vom Bundesministerium der Verteidigung getroffen.

(6) Festlegungen der deutschen Behörden zur Vermeidung sowie zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen werden beachtet. Eine Beseitigung von Restbeständen an Kampfmitteln durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen ist ausgeschlossen.

tución vigente en cada momento y del Convenio de la Unión Internacional de Telecomunicaciones así como del reglamento de radiocomunicaciones. Las autoridades alemanas tomarán, en concordancia con las normas vigentes, todas las medidas necesarias para evitar la perturbación de las instalaciones de telecomunicaciones de las Fuerzas Armadas españolas por instalaciones de transmisiones u otras instalaciones eléctricas alemanas. Cuando se produzcan interferencias electromagnéticas, se aplicarán las disposiciones de la ley sobre la compatibilidad de aparatos. Si en tal caso se planteara la necesidad de poner fuera de servicio la fuente de las interferencias, las Fuerzas Armadas españolas estarán obligadas a tomar esta medida de forma inmediata.

4. Régimen de asistencia sanitaria

(1) Se observarán las normativas internacionales de sanidad y las normas de sanidad de la República Federal de Alemania.

(2) A los efectos de prevención y de la lucha contra las enfermedades transmisibles de las personas, animales y plantas, así como para la prevención de la propagación y la lucha contra las plagas de las plantas en la República Federal de Alemania se aplicarán las disposiciones legislativas alemanas. Las autoridades competentes de la Bundeswehr adoptarán las medidas pertinentes en materia de epidemiología, epizootia, la legislación de productos alimenticios, carnes, carnes de pluma e higiene, salvo arreglos internacionales contrarios.

5. Protección del medio ambiente

(1) El Reino de España conoce y reconoce la importancia de la protección del medio ambiente en las actividades de sus Fuerzas Armadas en la República Federal de Alemania. Las Fuerzas Armadas españolas respetarán la legislación alemana sobre protección del medio ambiente y la aplicarán, a no ser que se adopten disposiciones específicas.

(2) Además de cumplir con la obligación de observancia y aplicación de la normativa alemana, se evitarán contaminaciones ambientales y se pensarán las posibles degradaciones del medio ambiente inevitables por medidas adecuadas.

(3) Para los transportes de armas, material pesado o mercancías peligrosas se dará preferencia a los medios de transporte ferroviario y marítimo o fluvial. Las disposiciones convenientes en relación con las rutas de transporte serán acordadas entre los Ministerios de Defensa, en concertación con las autoridades alemanas competentes.

(4) Las Fuerzas Armadas españolas emplearán en la utilización de sus aeronaves, embarcaciones y vehículos terrestres en la República Federal de Alemania, siempre que esto sea compatible con los requisitos técnicos de estos medios de locomoción, únicamente carburantes, lubricantes y aditivos reducidos en su contenido nocivo, de arreglo con las normas alemanas de protección del medio ambiente. En el caso de turismos y vehículos utilitarios, se deberán cumplir las normas alemanas sobre limitación de las emisiones de gases y ruidos, siempre que ello no resulte desproporcionado.

(5) En la utilización de instalaciones destinadas a la ejecución de maniobras se respetarán las respectivas ordenanzas de utilización, muy en particular las normas de seguridad y de protección del medio ambiente. Lo mismo será válido respecto a los reglamentos de servicio de las Fuerzas Armadas Federales relativos a maniobras y ejercicios. El Ministerio Federal de Defensa adoptará disposiciones especiales para ejercicios de tiro nocturno o en domingos o días festivos.

(6) Se observarán las disposiciones de las autoridades alemanas sobre la evitación de residuos así como las sobre su tratamiento compatible con el medio ambiente u otra forma de eliminación. En ningún caso podrán eliminarse restos de munición por medio de su destrucción con explosivos o su combustión en instalaciones no autorizadas para este fin.

(7) Die zuständigen Behörden und die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Spanien arbeiten insbesondere bei der Vorbereitung von Übungen in allen Belangen des Umweltschutzes eng zusammen.

6. Verkehr mit eigenen Fahrzeugen der spanischen Streitkräfte

(1) Transporte und andere Bewegungen im Rahmen der deutschen Rechtsvorschriften und anderer geltender internationaler Übereinkünfte sowie damit im Zusammenhang stehender technischer Vereinbarungen und Verfahren gelten als genehmigt. Soweit Sonder- und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen von den Rechtsvorschriften für den Transport gefährlicher Güter für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden sie durch die Dienststellen der Bundeswehr erteilt oder eingeholt.

(2) Die zuständigen Dienststellen der Bundeswehr koordinieren die Wahrnehmung der Interessen der spanischen Streitkräfte in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Sie koordinieren ferner die Durchführung militärischer Verkehrsbewegungen mehrerer Entsendestaaten untereinander und mit dem zivilen Verkehr. Art und Umfang dieser Koordination werden durch die zuständigen deutschen Stellen festgelegt.

(3) Die Betriebsrechte der deutschen Eisenbahnen bleiben unberührt. Über die Einstellung eigener Güter- und Reisezugwagen und über die Nutzung der Infrastruktur unter Verwendung eigener Triebfahrzeuge des Entsendestaats werden Vereinbarungen zwischen den zuständigen Behörden des Entsendestaats und den betroffenen deutschen Eisenbahnen geschlossen. Sofern hinsichtlich der Anforderungen an Beschaffenheit und Ausnutzung der Eisenbahnfahrzeuge des Entsendestaats von den gesetzlichen Vorschriften abgewichen werden soll, werden die Eisenbahnen die erforderlichen Genehmigungen bei der deutschen Eisenbahnverwaltung beantragen.

(4) Für die spanischen Streitkräfte gelten die deutschen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter. Die zuständigen deutschen Behörden überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Um die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen zu erleichtern, kann diese Überwachung gemeinsam mit den zuständigen spanischen Dienststellen durchgeführt werden.

(5) Die spanischen Streitkräfte beachten grundlegende deutsche Verkehrssicherheitsvorschriften. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre eigenen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die zuständigen deutschen und spanischen Behörden arbeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmungen eng zusammen.

(6) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, auf Straßen außerhalb des vereinbarten Straßennetzes wird außer bei Unglücksfällen nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden durchgeführt. Ein Befahren öffentlicher Straßen und Wege mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig. Außerhalb von Truppenübungsplätzen hat der Verkehr mit Kettenfahrzeugen grundsätzlich auf der Schiene zu erfolgen.

(7) Außer in Notfällen dürfen Mitglieder der spanischen Streitkräfte mit militärischen Luftfahrzeugen zivile Flughäfen und sonstige Landeplätze in der Bundesrepublik Deutschland nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden benutzen.

(7) Las autoridades competentes y las Fuerzas Armadas de la República Federal de Alemania y del Reino de España colaborarán estrechamente en todos los aspectos que afecten a la protección del medio ambiente, especialmente en la fase de preparación de ejercicios.

6. Circulación de vehículos propios de las Fuerzas Armadas españolas

(1) Se entenderán autorizados los transportes y demás movimientos que se realicen en consonancia con la legislación alemana y otros convenios internacionales igual que con arreglos y procedimientos técnicos relacionados con esta materia. Los permisos especiales y los excepcionales así como las exenciones de las disposiciones legales sobre el transporte de mercancías peligrosas que en su caso sean necesarios para llevar a cabo movimientos y transportes de carácter militar serán otorgados o facilitados por los organismos de las Fuerzas Armadas Federales.

(2) Los organismos competentes de las Fuerzas Armadas Federales coordinarán la salvaguardia de los intereses de las Fuerzas Armadas españolas ante las autoridades civiles, en los asuntos de tráfico. Coordinarán, asimismo, la ejecución de movimientos de vehículos y elementos militares procedentes de diferentes Estados de procedencia, tanto entre estos como con el tráfico civil. La naturaleza y alcance de esta actividad coordinadora serán fijadas por los organismos competentes alemanes.

(3) Los derechos de explotación de los ferrocarriles alemanes quedarán sin afectar. El uso de vagones propios de mercancías y de pasajeros así como la utilización de la infraestructura, con el empleo de vehículos automotores propios del Estado de procedencia, serán objeto de arreglos entre las autoridades del Estado de procedencia y las compañías de ferrocarriles alemanas interesadas. En el caso de que en lo referente a exigencias respecto a las características y al empleo del material ferroviario del Estado de procedencia, se quiera aplicar criterios distintos a los contemplados en las normas legales, las compañías de ferrocarriles solicitarán los permisos necesarios a la administración alemana de ferrocarriles.

(4) Los miembros de las Fuerzas Armadas españolas deberán observar las normas de tráfico alemanas, incluidas las referentes a la actuación en un lugar de accidente y las normas sobre el transporte de mercancías peligrosas. Las autoridades competentes alemanas velarán por el cumplimiento de estas normativas. Para facilitar la verificación del cumplimiento de dichas normas, podrán ejercer las actividades de control junto a los organismos competentes españoles.

(5) Las Fuerzas Armadas españolas respetarán las normas fundamentales alemanas de seguridad vial. Dentro de este marco normativo podrán aplicar sus propias normas en cuanto al diseño, la construcción y al equipamiento de los vehículos de motor, remolques de vehículos de motor, barcos de navegación fluvial y aeronaves. Existirá una estrecha colaboración entre las autoridades competentes alemanas y españolas en la puesta en práctica de estos preceptos.

(6) La circulación de vehículos de motor y remolques correspondientes cuyas dimensiones, pesos por eje, pesos totales o número rebasen los máximos autorizados por las normas de tráfico vial alemanas, por carreteras situadas fuera de la red viaria convenida, requerirá, salvo en caso de accidentes, la aprobación previa de las autoridades competentes alemanas. Queda prohibido circular por carreteras y caminos públicos con vehículos de oruga sin zapatas de goma para las cadenas. Fuera de los campos de maniobra la circulación de vehículos de oruga se limitará principalmente al transporte por ferrocarriles.

(7) Salvo en situaciones de emergencia, los miembros de las Fuerzas Armadas españolas no podrán utilizar aeropuertos y otros campos de aterrizaje situados en la República Federal de Alemania con aeronaves militares sin permiso de las autoridades competentes alemanas.

(8) Die zuständigen deutschen und spanischen Behörden gewährleisten eine Koordinierung aller von ihnen errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und der dazu gehörenden Fernmeldesysteme, soweit dies erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die Erreichung des Aufenthaltszwecks der Streitkräfte zu gewährleisten.

7. Schadensabwicklung

(1) Für den Betrieb von Dienstkraftfahrzeugen oder militärischen Luft- und Wasserfahrzeugen der spanischen Streitkräfte sowie für das Führen von Waffen in der Bundesrepublik Deutschland ist der Abschluß einer Haftpflichtversicherung nicht erforderlich. Die Risiken hieraus werden von dem Entsendestaat unmittelbar übernommen, wobei die Schadensabwicklung nach dem in Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen Verfahren erfolgt.

(2) Zur Schadensabwicklung werden die zuständigen Behörden zentrale Dienststellen benennen.

8. Übungen zu Lande

(1) Für Übungen gelten die deutschen Vorschriften.

(2) Übungen finden grundsätzlich auf Liegenschaften der Bundeswehr oder auf Liegenschaften statt, die den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten verbündeten Streitkräften zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind.

(3) Ist der Übungszweck auf diesen Liegenschaften nicht erreichbar, so können Manöver und andere Übungen vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden im freien Gelände durchgeführt werden. Das Verfahren zur Anmeldung, zur Koordinierung und zur Erteilung der Zustimmung wird zwischen den Verteidigungsministerien geregelt.

9. Übungen im Luftraum

(1) Für die Übungen im Luftraum gelten die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die sich im Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation halten, ferner die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind.

(2) Die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum, seine Benutzung und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind, umfassen das Luftverkehrsgesetz und die hierzu erlassenen Verordnungen und Verwaltungsregelungen ziviler und militärischer Art.

(3) Die an einer Übung teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen müssen die englische Sprache beherrschen, soweit dies aus Gründen der Flugsicherheit oder Flugsicherung erforderlich ist.

(8) Las Fuerzas Armadas españolas y las autoridades de la República Federal de Alemania garantizarán la coordinación del conjunto de los sistemas de control de tráfico aéreo establecidos y operados por ellas, incluyendo los sistemas de telecomunicaciones correspondientes, en la medida en que resulte necesario para garantizar la seguridad del tráfico aéreo y la consecución del objetivo de la estancia de las fuerzas militares.

7. Liquidación de daños

(1) Para la utilización de vehículos de motor oficiales o de aeronaves y embarcaciones militares de las Fuerzas Armadas españolas así como para llevar armas en la República Federal de Alemania no será necesaria la contratación de un seguro de responsabilidad civil. Los riesgos que deriven de ello serán asumidos directamente por el Estado de procedencia, siguiendo el procedimiento de resolución de reclamaciones establecido en el Artículo VIII del Convenio relativo al Estatuto de Fuerzas de la OTAN.

(2) Las autoridades competentes designarán servicios centrales para la liquidación de daños.

8. Ejercicios en tierra

(1) Para los ejercicios serán de aplicación las normas alemanas.

(2) Los ejercicios se desarrollarán, en principio, en terrenos de las Fuerzas Armadas Federales o en terrenos cedidos para su utilización exclusiva a las fuerzas militares aliadas estacionadas en la República Federal de Alemania.

(3) Si resultare imposible lograr la finalidad prevista de los ejercicios en dichos terrenos, las maniobras y demás ejercicios podrán ejecutarse en campo abierto, previo consentimiento de las autoridades alemanas competentes. El procedimiento para la notificación, la coordinación y el otorgamiento del consentimiento se regulará por arreglo de los Ministerios de Defensa.

9. Ejercicios en el espacio aéreo

(1) Para los ejercicios en el espacio aéreo será de aplicación la reglamentación alemana sobre la entrada en el espacio aéreo alemán y su utilización así como el uso de instalaciones y servicios aeronáuticos, la cual se ajusta al marco de las directivas y recomendaciones de la Organización de Aviación Civil Internacional, y además, los procedimientos vigentes para la notificación, el otorgamiento del consentimiento y la coordinación, contemplados en las leyes y demás normas y publicaciones pertinentes.

(2) La reglamentación alemana sobre la entrada en el espacio aéreo alemán, su utilización y el uso de instalaciones y servicios aeronáuticos así como los procedimientos vigentes para la notificación, el otorgamiento del consentimiento y la coordinación, contemplados en las leyes y demás normas y publicaciones pertinentes, comprende la Ley del tráfico aéreo y los reglamentos y las disposiciones administrativas de carácter civil y militar dictados al efecto.

(3) Las tripulaciones de vuelo de las aeronaves participantes en un ejercicio deberán dominar el idioma inglés, siempre que ello sea necesario por motivos de seguridad de vuelo y de control de tráfico aéreo.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe**

Vom 13. März 1996

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Belgien	am 23. Januar 1996
Guinea-Bissau	am 25. Januar 1996
Mali	am 29. Januar 1996
Swasiland	am 1. Januar 1996

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Dezember 1995 (BGBl. 1996 II S. 48).

Bonn, den 13. März 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die biologische Vielfalt**

Vom 18. April 1996

Das Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741) ist nach seinem Artikel 36 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Lettland	am 13. März 1996
nach Maßgabe folgender, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebener Erklärung:	

(Übersetzung)

„The Republic of Latvia declares in accordance with Article 27 Paragraph 3 of the Convention that it accepts both of the means of dispute settlement mentioned in this Paragraph as compulsory.“

„Die Republik Lettland erklärt im Einklang mit Artikel 27 Absatz 3 des Übereinkommens, daß sie beide in jenem Absatz genannten Mittel der Streitbeilegung als obligatorisch anerkennt.“

Polen	am 17. April 1996
Singapur	am 20. März 1996
Suriname	am 11. April 1996
Syrien, Arabische Republik	am 3. April 1996

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. März 1996 (BGBl. II S. 370).

Bonn, den 18. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
des deutsch-bolivianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. April 1996

Das in La Paz am 2. April 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 2. April 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. April 1996

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit, 1996**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Bolivien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bolivien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Bolivien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Bolivien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main,

a) für die Vorhaben

aa) Trinkwasserversorgung Sacaba ein Darlehen bis zu 8,0 Mio DM (in Worten: acht Millionen Deutsche Mark) davon 700 000,- DM (in Worten: siebenhunderttausend Deutsche Mark) reprogrammiert aus dem Darlehen von 33 300 000,- DM (in Worten: dreiunddreißig Millionen

dreihunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Gasturbine Valle Hermoso“ und 900 000,- DM (in Worten: neunhunderttausend Deutsche Mark) reprogrammiert aus dem Darlehen von 28,0 Mio DM (in Worten: achtundzwanzig Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Sektorbezogenes Programm I“,

ab) Warenhilfe V ein Darlehen bis zu 13,1 Mio DM (in Worten: dreizehn Millionen einhunderttausend Deutsche Mark)

zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

b) für die Vorhaben

ba) Sozialer Investitionsfonds II (FIS II) einen Finanzierungsbeitrag bis zu 15,0 Mio DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark),

bb) Ländliches Notstandsprogramm II (FDC II) einen Finanzierungsbeitrag bis zu 5,5 Mio DM (in Worten: fünf Millionen fünf-hunderttausend Deutsche Mark)

zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder der selbsthilfeeorientierten Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt.

(2) Kann bei einem in Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Bolivien von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages ein Darlehen zu erhalten.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Bolivien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für die notwendigen Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 aufgeführten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(5) Wird ein in Absatz 1 Buchstabe b bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in dem Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Bolivien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für

Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bolivien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Bolivien erhoben werden. Die Bezahlung von Steuern und Abgaben wird von den nationalen bolivianischen Institutionen übernommen, die Begünstigte der Darlehens- und Finanzierungsbeiträge sind.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bolivien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu La Paz am 2. April 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hans Ulrich Spohn
C. D. Spranger

Für die Regierung der Republik Bolivien
Eduardo Trigo O'Connor D'Arlach

**Bekanntmachung
des deutsch-bolivianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. April 1996

Das in La Paz am 2. April 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 2. April 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. April 1996

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit,
„Wasserver- und -entsorgung Potosi“,
„Artenvielfalt und Schutzgebiete“,
„Nationales Bewässerungsprogramm PRONAR“**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Bolivien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bolivien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Bolivien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Bolivien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main,

a) für folgende Vorhaben

aa) Trinkwasserversorgung Potosi (Aufstockung): bis zu 5,0 Mio DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) davon 500 000,- DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark) reprogrammiert aus dem Darlehen von 500 000,- DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben „Krankenhaus Punata“,

bb) Abwasserentsorgung Potosi: bis zu 7,5 Mio DM (in Worten: sieben Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark)

Darlehen bis zu insgesamt 12,5 Mio DM (in Worten: zwölf Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

b) für das Vorhaben Artenvielfalt und Schutzgebiete einen Finanzierungsbeitrag bis zu 6,0 Mio DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt;

c) für das Vorhaben Studienfonds für das nationale Bewässerungsprogramm PRONAR einen Finanzierungsbeitrag bis zu

3,0 Mio DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Kann bei einem in Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Bolivien von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 Buchstaben a und b bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Das in Artikel 1 Buchstabe b genannte Vorhaben „Artenvielfalt und Schutzgebiete“ kann nur durch ein anderes Vorhaben im gleichen Sektor ersetzt werden.

(5) Wird ein in Absatz 1 Buchstabe b bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

(6) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Bolivien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für die notwendigen Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 aufgeführten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in dem Absatz 1 des Artikels 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem

Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Bolivien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bolivien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Bolivien erhoben werden. Die Bezahlung von Steuern und Abgaben wird von den nationalen bolivianischen Institutionen übernommen, die Begünstigte der Darlehens- und Finanzierungsbeiträge sind.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bolivien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu La Paz am 2. April 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Hans Ulrich Spohn
C. D. Spranger

Für die Regierung der Republik Bolivien
Eduardo Trigo O'Connor D'Arlach

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 24. April 1996

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Südafrika am 11. April 1996
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung, wonach Südafrika nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 des Abkommens die in Artikel 1 Abschnitt A enthaltenen Worte

(Übersetzung)

"events occurring before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind"

in dem Sinne versteht, daß es sich um

(Übersetzung)

"events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind"

handelt,

in Kraft getreten.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Südafrika am 12. Januar 1996
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Dezember 1995 (BGBl. 1996 II S. 110).

Bonn, den 24. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens
über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung
gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung**

Vom 24. April 1996

Das Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. 1994 II S. 2703) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Honduras	am	26. März 1996
Marokko	am	27. März 1996
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	5. Dezember 1995
Paraguay	am	27. Dezember 1995
Singapur	am	1. April 1996

nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

"The Government of Singapore declares that, in accordance with Article 4 (12), the provisions of the Convention do not in any way affect the exercise of navigational rights and freedoms as provided in international law. Accordingly, nothing in this Convention requires notice to or consent of any State for the passage of a vessel under the flag of a party, exercising rights of passage through the territorial sea or freedom of navigation in an exclusive economic zone under international law."

„Die Regierung von Singapur erklärt im Einklang mit Artikel 4 Absatz 12, daß das Übereinkommen die Wahrnehmung der im Völkerrecht vorgesehenen Rechte und Freiheiten der Schifffahrt nicht berührt. Folglich verlangt das Übereinkommen nicht, daß einem Staat die Durchfahrt eines unter der Flagge einer Vertragspartei fahrenden Schiffes, das nach dem Völkerrecht Rechte der Durchfahrt durch das Küstenmeer oder die Freiheit der Schifffahrt in einer ausschließlichen Wirtschaftszone wahrnimmt, angezeigt oder seine Zustimmung dazu eingeholt wird.“

Tunesien	am	9. Januar 1996
----------	----	----------------

Das Vereinigte Königreich hat am 30. Oktober 1995 – und mit Wirkung von diesem Tag – dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Erstreckung des Übereinkommens auf Hongkong notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Juli 1995 (BGBl. II S. 696) und vom 23. November 1995 (BGBl. 1996 II S. 34).

Bonn, den 24. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über den verbindlichen dreisprachigen Wortlaut
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 26. April 1996

Das Protokoll vom 24. September 1968 über den verbindlichen dreisprachigen Wortlaut des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1971 II S. 984) ist nach seinem Artikel V für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	27. April 1991
Belize	am	6. Januar 1991
Brunei Darussalam	am	3. Januar 1985
Eritrea	am	17. Oktober 1993
Georgien	am	20. Februar 1994
Komoren	am	14. Februar 1985
Marshallinseln	am	17. April 1988
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	9. Januar 1993
Namibia	am	30. Mai 1991
Palau	am	3. November 1995
Salomonen	am	11. Mai 1985
San Marino	am	12. Juni 1988
Tadschikistan	am	3. Oktober 1993

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. November 1995 (BGBl. 1996 II S. 9) und vom 28. Juni 1989 (BGBl. II S. 632); diese wird hinsichtlich des Inkrafttretensdatums für San Marino insoweit berichtigt.

Bonn, den 26. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 3 82 08-0, Telefax: (0228) 3 82 08-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,05 DM (3,10 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,05 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 26. April 1996

Das Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1956 II S. 411) ist nach seinem Artikel 92 Buchstabe b für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	9. Januar 1993
Palau	am	3. November 1995
San Marino	am	12. Juni 1988
Tadschikistan	am	3. Oktober 1993

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 7. März 1994 (BGBl. II S. 470) und vom 28. Juni 1989 (BGBl. II S. 632); diese wird hinsichtlich des Inkrafttretensdatums für San Marino insoweit berichtigt.

Bonn, den 26. April 1996

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann